

SUDAN

# Im Sudan droht "Somalisierung"



Putschte sich 1989 an die Macht: General Umar al-Bashir (rechts), hier mit UN-Generalsekretär Koffi Annan im Präsidentenpalast in Karthoum. (Foto: UN)

**Im Sudan terrorisieren Milizen die Bevölkerung im Westen des Landes. Seit Jahresbeginn sind Hunderttausende geflohen, nun drohen die Kämpfe auf den Tschad überzugreifen.**

Thomas Schmidinger ist freier Journalist und lebt in Wien.

"Das schlimmste humanitäre Drama der Welt spielt sich zurzeit weder im Irak noch in den palästinensischen Territorien ab, sondern in Darfur", so der UN-Nothilfekoordinator für den Sudan, Jan Ege-land am 23. April. "Die Janjawid-Miliz hat die Zivilbevölkerung in Kulbus attackiert", hatte tags zuvor Allami Ahmat, ein enger politischer Berater Idriss Débys, des Präsidenten des Tschad, erklärt. Ein Zivilist war bei dem Angriff auf die tschadische Grenzstadt Kulbus getötet worden.

Seit Beginn dieses Jahres ist fast eine Million Menschen vor den Kämpfen und den "ethnischen Säuberungen" regierungsnaher Milizen in der westsudanesischen Provinz Darfur in den Tschad geflohen. Das verarmte Land ist bei der Versorgung der Flüchtlinge fast vollständig auf internationale Hilfe angewiesen. Nun drohen die Kämpfe auf den Tschad überzugreifen. Dennoch scheinen die europäischen Medien das Leid der Flüchtlinge kaum als Thema entdeckt zu haben.

Allami Ahmat, der auch in der tschadischen Vermitt-

lungsgruppe für die Beendigung des militärischen Konfliktes in Darfur tätig ist, macht dafür die Regierung Sudans verantwortlich: "Die sudanesische Armee toleriert nicht nur die Janjawid-Miliz, sondern bietet ihr Land- und Luftunterstützung." Menschenrechtsorganisationen bestätigen die Unterstützung des Militärregimes in Khartoum für die Janjawid genannten arabischen Milizen.

## Fast eine Million auf der Flucht

Seit sich General Umar al-Bashir 1989 an die Macht putschte, hat das arabisch-islamistische Regime das soziale und ökonomische Gefälle zwischen der Zentralregion und der westlichen, östlichen und südlichen Peripherie des Landes weiter vergrößert. Die gewaltsame Islamisierungs- und Arabisierungspolitik richtet sich nicht allein gegen die überwiegend nicht islamischen Bevölkerungsgruppen im Süden des Landes. Die fundamentalistische Islam-Interpretation und die Bevorzugung von Arabern setzt auch

die muslimischen, aber nicht arabischen Minderheiten des Landes unter Druck.

Dass sich diese marginalisierten Bevölkerungsgruppen eines Tages mit Gewalt zur Wehr setzen würden, kommt nicht überraschend. Bereits im Frühling 2001 erklärten hohe Parteifunktionäre der verbotenen Sudanesischen Kommunistischen Partei und AktivistInnen der illegalen Untergrundgewerkschaften in Khartoum, dass dem Sudan auf lange Sicht eine "Somalisierung" drohe, der Zerfall des Staates in von Warlords kontrollierte Territorien, wenn die Regierung nichts unternehme und die autoritäre Arabisierung des Landes fortsetze.

Tatsächlich trat bereits im Februar 2003 mit der Darfur Liberation Front (DLF), die sich einen Monat später in Sudan Liberation Movement (SLM) umbenannte, eine erste Guerillaorganisation im überwiegend muslimischen Westsudan auf. Sie machte mit spektakulären militärischen Erfolgen wie der kurzfristigen Einnahme der Provinzhauptstadt al-Fasher auf sich aufmerksam. Die Regierung, die gerade zähe Verhandlungen mit der südsudanesischen Guerillaorganisation SPLA führte, glaubte, den neuen Konflikt militärisch lösen zu können. Die Eroberung al-Fashers wurde vom SLM-Generalsekretär Arkoi Minawi mit der Gesprächsverweigerung des Militärregimes begründet: "Die Einnahme al-Fashers ist unsere Antwort auf die jüngste Ankündigung des sudanesischen Präsidenten Umar al-Bashir, der erklärte, dass die Gespräche mit unserer Bewegung in der Form eines Marsches über die Körper der Rebellen stattfinden werde."

Doch die Vernichtung der Rebellen stellte sich jedoch als nicht so einfach heraus und im Februar nahm mit dem Justice and Equality Movement (Jem) sogar noch eine zweite Guerillaorganisation in Darfur den Kampf auf.

Die Regierung in Khartoum sah sich deshalb schließlich doch zu Verhandlungen mit den Rebellen gezwungen. Anders als die Friedensgespräche mit der südsudanesischen SPLA haben diese Verhandlungen aber keinen Waffenstillstand herbeiführen können.

Für die schlimmsten Gewaltexzesse gegen die Zivilbevölkerung Darfurs seien illegale arabische Milizen verantwortlich, ließ die sudanesische Regierung verlauten als Kritik und Druck vor allem von Seiten der USA zu spüren war. Das sehen Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen jedoch anders: "Die Janjawid können nicht länger einfach nur als von der sudanesischen Regierung unterstützte Milizen bezeichnet werden. Sie arbeiten ganz gezielt mit den Regierungstruppen zusammen und können zudem mit Straffreiheit für ihre massiven Verbrechen rechnen", urteilt Kenneth Roth, Direktor von Human Rights Watch. Viele Janjawid-Kämpfer tragen sogar Uniformen der Armee mit einem eigenen Abzeichen.

Mit der Bombardierung von Dörfern, systematischen Vertreibungen durch Armee und Milizen, Massenverhaftungen und -exekutionen werden nicht arabischsprachige Bevölkerungsgruppen wie die Fur und Zaghawah terrorisiert. Die Rebellenorganisationen werfen den Janjawid Folter, Massenvergewaltigung, außergerichtliche Exekutionen und Plünderungen vor.

## Miliz mit Regierungsauftrag

Bestätigt werden diese Angaben von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen. Allein vom 5. bis zum 7. März wurden der Sudanese Organisation against Torture (Soat) zufolge 168 Fur aus den Dörfern Zaray, Fairgo, Taigo und Kaskildo in der Provinz von Wadi Salih verschleppt und dann in den Polizeistatio-

nen in Dalaij gefoltert und nacheinander ermordet. Ähnliche Verbrechen finden seit her fast wöchentlich statt. Das Regime will sich auf diese Weise einer unerwünschten Bevölkerungsgruppe entledigen, die Milizen können sich des Landes und Besitzes der Vertriebenen bemächtigen. Die in den Tschad geflohenen ehemaligen BewohnerInnen Darfurs müssen unter katastrophalen hygienischen und sozialen Bedingungen und in vollständiger Abhängigkeit von internationalen Hilfsorganisationen dahinvegetieren.

Die Konflikte sind jedoch nicht allein das Werk islamistischer Generäle. Auch frühere Regierungen haben die sudanesische Peripherie benachteiligt. Seit der Unabhängigkeit des Sudan herrschte nur unter dem Militärdiktator Gafaar al-Nimeiri von 1972 bis 1983 ein prekärer Frieden im Land. Das 1972 ausgehandelte Autonomieabkommen mit den südsudanesischen Rebellen scheiterte jedoch an der mangelnden Demokratisierung und dem Ausbleiben ökonomischer Entwicklung in den marginalisierten Gebieten. Als Nimeiri 1983 seine Variante der Sharia oktroyierte, eskalierte der Konflikt. Die 1986 nach seinem Sturz gewählte Regierung Sadiq al-Mahdis konnte sich nicht zur Abschaffung der Sharia durchringen und baute in einigen Provinzen arabische Stammesmilizen zum Kampf gegen die SPLA auf.

Die arabisch-islamische Oligarchie des Zentral- und Nordsudan war nie bereit, Macht und Staatseinnahmen zu teilen. Sollten diese grundlegenden Probleme nicht gelöst werden, ist eine "Somalisierung" des Sudan tatsächlich weit wahrscheinlicher als der Friede.

Thomas Schmidinger



Avis

## MINISTERE DE L'ÉDUCATION NATIONALE, DE LA FORMATION PROFESSIONNELLE ET DES SPORTS

Examen en vue de l'obtention du diplôme d'État luxembourgeois

### D'ASSISTANT SOCIAL session 2004

Il est porté à la connaissance des candidats à la profession d'assistant social que la session d'examen pour l'obtention du diplôme d'État luxembourgeois sera organisée pendant la période du 17 juin au 9 juillet 2004.

Les candidats concernés sont priés d'adresser leur deman-

de d'inscription jusqu'au 28 mai 2004 au plus tard à l'adresse ci-après:

Ministère de l'Éducation nationale, de la Formation professionnelle et des Sports, M. Claude KUFFER bureau 232 L-2926 Luxembourg

## POSTE VACANT

Le Service Information et Presse du gouvernement ([www.sip.lu](http://www.sip.lu)) recrute pour entrée immédiate ou à venir:

### Un poste de la carrière supérieure

### La mission

La mission sera d'épauler la direction du SIP en assurant un ensemble de tâches administratives et organisationnelles.

Le travail comportera notamment les tâches suivantes: organisation et coordination des processus administratifs du SIP, fonctionnement interne, relations avec les partenaires, suivi des dossiers, gestion des ressources humaines, organisation de la communication interne, etc.

Il incluera en outre une participation au travail d'information du SIP.

### Le profil

Le/la candidat(e) possède:

- une expérience certaine à un poste similaire;
- une excellente maîtrise du luxembourgeois, du français, de l'allemand et de l'anglais;
- une excellente maîtrise des nouvelles technologies de l'information et de la communication, y compris des outils informatiques usuels;
- de bonnes connaissances de la situation socio-politique nationale, de même que des institutions nationales et européennes;
- d'excellentes compé-

tences dans les domaines de l'information et de la communication;

- de bonnes capacités d'analyse et d'optimisation des processus organisationnels, notamment grâce aux nouveaux systèmes informatiques.

### Sont exigées en outre:

- excellentes capacités d'analyse et esprit de synthèse;
- rigueur, flexibilité et sens relationnel;
- excellentes aptitudes rédactionnelles;
- grande polyvalence;
- sens de l'organisation, ca-

pacité de gérer les priorités;

- esprit d'équipe, capacité d'organiser le travail de façon autonome;
- bonne présentation et facilité dans les échanges interpersonnels.

Veuillez envoyer votre candidature (curriculum vitae et lettre de motivation) au directeur du Service Information et Presse du gouvernement, 33 bv. Roosevelt, L-2450 Luxembourg, tél.: 478 21 90, <http://www.gouvernement.lu/gouvernement/sip/recrutement/index.html>